

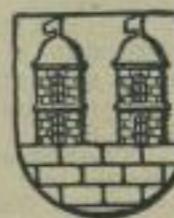
# Wilsdruffer Tageblatt

Herausgeber Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Druckt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugserlös bei  
Geschäftsbüchern monatlich 2 M., durch unsres Verlages zugelassen in der Stadt monatlich  
2 M., auf dem Lande  
M., durch die Post zweitlänglich 2 M. mit Zustellungsaufgabe. Alle Poststellen und Postboten sowie  
unsere Anstalter und Geschäftsstätte nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder  
sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgängig des Bezugserlöses.



Inseratenpreis M. für die 2 geplante Korpuszelle über deren Raum, Rellmen, bis 2 spaltige Korpuszelle M.  
Bei Werbung und Jahresabzug entsprechender Preisnachlass. Belämmungen im amtlichen Teil nur von  
Befreien die 2 geplante Korpuszelle M. Nachwuchs-Gehalt 20 Pfg. Abzugserlöse 10 vorzüglich  
so uhr. Für die Möglichkeit der durch Jenaer Vermittlung einzigen Übernahme wie keine Garantie. Jeder Auftrag  
entspricht erhält, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Recht hat.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats  
zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Sässig, für den Inseraten Teil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 288

Sonnabend den 10. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Wegen Reinigung bleiben sämtliche Geschäftsräume des städtischen Verwaltungsgebäudes Montag den 12. und Dienstag den 13. Dezember 1921 geschlossen.

Dringliche und standesamtliche Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr erledigt.

Wilsdruff, am 5. Dezember 1921.

1016

Ver Stadtrat.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* In Berlin fand eine vertrauliche Sitzung über die Reparationsfrage statt, an welcher der aus Paris eingetroffene deutsche Botschafter Dr. Mayer teilnahm.

\* Zwischen Deutschland und Portugal wurde ein Handelsabkommen auf Grundlage des Weisbegünstigungsgesetzes abgeschlossen.

\* Infolge der durch Witterungsverhältnisse notwendig gewordenen Einschränkung des Wagenumlaufs droht eine starke weitere Einschränkung der deutschen Koblenzversorgung.

\* Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für den 14. Dezember einberufen worden.

\* Unter den 818 000 am 1. Oktober d. J. stehenden französischen Soldaten befanden sich 117 000 Nordafrikaner und 110 000 andere Häftlinge aus den Kolonien.

\* Der französische Außenminister hat sich nach London begeben, um über die deutschen Reparationsleistungen zu verhandeln.

### Was sie verlangen.

Keinem Zweifel kann es mehr unterliegen, daß die Erwüngungen, Versprechungen, Verhandlungen über einen Zahlungsausschluß oder eine Zahlungsvereinbarung für Deutschland bei unseren ehemaligen Kriegsgegnern in ein Stadium getreten sind, das zur Entscheidung drängt. Großbritannien und Frankreich, die getreuen Brüder, so lange es galt, den deutschen Wettbewerber auf dem Weltmarkt niederzuwerfen, die habenden Verbündeten bei der Verteilung der Beute, die Leidtragenden, die ihr wohlgerüttelt Platz ebenfalls auszutreten hätten, wenn Deutschland an dem in Versailles gereichten Schierlingsbecher wirklich rettungslos erstickte. Der dritte große Verbündete in Europa, Italien, hat längst ein Haar in der vor, während und nach der Kriegskatastrophe gesetzten Suppe gefunden. Es fühlt sich merklich über's Ohr gehauen, weiß vor der anschwellenden Unzufriedenheit, welche im eigenen Lande kaum handzuhalten und möchte lieber heute wie morgen den Gedankenlauß ins Wasser versenken, wo es am tiefsten ist, um das alte rentable Geschäft mit Deutschland wieder neu in Fluss zu bringen.

Die klugen kalten Köpfe auf den britischen Inseln denken genau so an das verlorene Geschäft und die dadurch bedingten Schwierigkeiten. Der bisherige Weg über Versailles und andere Diktatunbesonnenheiten bringt vielleicht Deutschland zum endgültigen Ersticken. Doch mit ihm stürzt Europas Wirtschaftsgebäude, Engländer und Franzosen geraten unter die Trümmer. Angstlich stehen selbst die angeblichsten Bettler im Dollarland neben den wankenden Grundfesten — wer weiß, was ein solches Ereignis alles mit in den Abgrund reißen kann. Fern im Osten wirtern gelbe Männer mit unergründlichen Minen- und noch unergründlicheren Gedanken Morgenlaut.

Aber Frankreich? Hier liegt das Rätsel Angelunkt, hier wird die Tragödie fast zum Satyrspiel. Die Helden der ewigen „Gloire“ tragen noch den Klang der triegerischen Trompete im Ohr, tausendmal betonen sie, daß sie gesiegt und gesiegt haben, stolz darauf sind und den gesfürzten Feind am liebsten zur größeren Ehre der französischen Nation kurz und gründlich die Kehle abschneiden möchten. Das amerikanische Geld, britische Tonnen und sonst noch viele tausend Unterflüchtungen sie überhaupt erst in die Lüge brachten, triumphierende Gefänge anzustimmen, ist längst vergessen. Sie blicken auf ihrem Schein, sie missen Europa, Zivilisation, Menschlichkeit schämen vor den bösen „Barbaren“ jenseits des Rheins, sie müssen deshalb ein Millionenheer auf den Beinen halten und noch diese oder jene Provinz deutschen Landes annexieren außer Elsass und Oberschlesien. Wenn, ja wenn das bittere Ende nicht wäre, von dem ihnen langsam doch eine Ahnung aufzubammeln beginnt. Und der unheimlichere Blick des Briten leistet ihnen auf diesem Pfad zur Erkenntnis Auflärungsdienste.

Wandelt sich der Sieg allmählich in ein erbarmungsloses Kaiserium, das die Sieger mit Haut und Haaren aufstößt, müssen neue Pferde vorgeschnitten werden. Gewährte man Deutschland Fried und Ruhe zum Atemholen, zur inneren Kräftigung, soll natürlich die Gegenleistung nicht fehlen. Unionist ist der Tod. So macht man in Paris bereits eine Liste auf und verlangt mancherlei Dinge. Zunächst den Wert der Frachten, der in fünf Jahren, wenn die deutsche Handelsflotte wieder aufgebaut sein wird, dem Reich dieselben Einnahmen verschaffen kann, wie vor dem Kriege, die deutschen Werte im Auslande, die mit der Wiederverteilung des deutschen Handels erwachsen werden, die durch Neiseinde nach Deutschland gebrachten ausländischen Devisen, die Unternehmungen, Grundstücke usw. die von

Deutschen im Auslande erworben werden, eine Bankenkommision in Deutschland für Operationen in ausländischen Devisen, überhaupt ziemlich eine Finanzüberwachung, die bis ins geheimste Fach des deutschen Portemonnaies dringt. Ferner Abnehmer an Private gewährten Reichsleistungen, der Zuschüsse zur Broterzeugung aus dem Auslande, der Arbeitslosenauswendungen, der Industrie- und Ausfuhrförderungen, anderes mehr und selbstverständlich viele Extravagans für das teure, grohe, gerechte Frankenreich.

Beschleidenheit, Blick für die Möglichkeiten, die Erfahrung, daß neben dem gallischen Mittelpunkt der Welt noch einige mit Menschen bewohnte Gebiete existieren, sind Lehrföre, die immer noch nicht in den Werktischen der meisten französischen Politiker stehen. Möglicherweise erlebt man jetzt in London, wohin sich der französische Außenminister Doucet soeben mit einem Stab von Mitarbeitern begeben hat, eine Anzahl nützlicher Lektionen. Britain soll demnächst mit Lloyd George in gleicher Angelegenheit sprechen wollen. Werden die Herren dabei lernen, daß sie ihre Anprüche — wohl oder übel — so formulieren müssen, um Deutschland bei den finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen nicht als unbedeutliche Größe auszuschalten, wie sie es bisher beliebt haben? Nur dann kann sich etwas gestalten, mögen sie es nun Friedensvertragrevision, Moratorium, Zahlungsausschluß oder sonstwie benennen.

### Deutsch-portugiesisches Handelsabkommen.

Weisbegünstigung für deutsche Waren.

Am 6. Dezember ist ein deutsch-portugiesisches Abkommen zustandegekommen, durch das Portugal deutschen Waren mit sofortiger Wirkungkeit die Weisbegünstigung zunächst für ein Jahr zusichert. Die portugiesische Regierung hat sich weiterhin verpflichtet, alsbald eine Verordnung zu erlassen, nach welcher die deutschen Staatsangehörigen in Zukunft in Portugal und seinen Kolonien die gleiche Behandlung genießen werden wie die Angehörigen aller andern Länder.

Das Abkommen nimmt Deutschland nur von denjenigen Vorteilen aus, die Portugal Spanien und Brasilien gewährt. Alle übrigen Vorteile werden auch Deutschland zugewendet. Portugal verzichtet auch auf die Walutenzuschläge.

Deutschland verpflichtet sich, eine gewisse Menge portugiesischer Spezialweine (Madeira und Portwein) nach Deutschland einzulassen. Die Menge wird geringer sein, als die von Deutschland vor dem Kriege eingeschafft. Die deutsche Ausfuhr nach Portugal hat sich in der letzten Zeit, besonders, was Handelswaren und Maschinen anbelangt, sehr gehoben. Diese Ausfuhr wird sich jetzt erheblich steigern, nachdem die Reichsicherheit für Deutschland wieder hergestellt ist. Das während des Krieges beschlagnommene und noch nicht verkaufte deutsche Eigentum wird zurückgegeben.

### Deutsch oder polnisch?

Die Wahl der Staatsangehörigkeit.

Der Friedensvertrag gibt denjenigen deutschen Staatsbürgern, die in den an Polen abgetrennten deutschen Gebieten wohnen, das Recht, sich bis zum 10. Januar 1922 zu entscheiden, ob sie die deutsche oder die polnische Staatsangehörigkeit besitzen wollen. Von der deutschen und der polnischen Regierung sind Ausführungsbestimmungen zu dieser Vorrichtung erlassen worden, die aber noch nicht für Oberschlesien gelten. Die Wahl geschieht durch Abgabe einer nach deutschem Recht wissamen Optionserklärung für Deutschland. Dazu berechtigt sind alle Personen (auch die Beamten), welche am 10. Januar 1920 als deutsche Staatsangehörige innerhalb des jüngsten polnischen Staates ihren Wohnsitz hatten und dort bereits vor dem 2. Januar 1918 ansässig waren. Ununterbrochener Wohnsitz in Polen in dieser Zeit ist nicht erforderlich. Wer sowohl in Polen als auch außerhalb Polens seinen Wohnsitz hatte, ist gleichfalls optionsberechtigt. Unfreiwillige Ausgabe des Wohnsitzes in Polen nach dem 9. November 1918 wird ebenso angesehen, als ob die in Frage kommenden Personen am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Polen noch gehabt haben.

Ebenso werden die deutschen Staatsangehörigen polnischen Staatsangehörigen und polnischer Muttersprache (Polen deutscher Staatsangehörigkeit), welche am 10. Januar 1920 ihren Wohnsitz in Deutschland hatten, in die Lage versetzt, für Polen zu optieren. Außerdem hat

noch Polen verpflichtet, alle in Polen geborenen, deren Eltern zur Zeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten, ohne Rücksicht auf ihren letzten Wohnsitz als polnische Staatsangehörige anzuerkennen. Anderseits besteht auch die Möglichkeit, durch ein Schreiben an ein polnisches Konsulat auf die polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Die interessierten Personen, insbesondere jene welche noch Vermögen in Polen haben, werden genötigt sein, sowohl vor dem deutschen wie nach der polnischen Optionsverordnung zu opieren. Die deutsche Optionserklärung kann zu Protokoll oder in schriftlicher Form innerhalb Deutschlands vor den höheren Verwaltungsbehörden (in Preußen vor den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin), im Auslande vor den amtlichen deutschen Vertretungen, abgegeben werden. Die Unterschrift muß beglaubigt sein.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Stand der Entwaffnung am 1. Oktober.

Der Reichswehrhandgesellschaft sind bis zum 1. Oktober d. J. an Kriegsgerüst zur Zerstörung übergeben worden: Gewehre und Karabiner 5 865 000, Maschinengewehre 102 867, Minenwerfer und Rohre von solchen 28 340, Geschüze und Rohre von solchen 53 900, Lafetten 27 640, schwere Artilleriegeschosse und Minen 37 400 000, schwere Hand-, Gewehr- und Wurfsgranaten 15 100 000, schwere Ränder 58 000 000, Handwaffenmunition 440 000 000. Außerdem sind 14 009 Flugzeuge und 27 695 Flugzeugmotoren den Gegnern ausgeliefert worden.

Um das Vierfache erhöhte Viersteuer.

Die Verhandlungen über die Viersteuer im Reichstag endeten mit dem Beschluss, der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Erhöhung der Viersteuer auf das Vierdache der bisherigen Steuer beizutreten. Ein Antrag wurde angenommen, der in das Gesetz einen Paragraphen einfügt, wonach Abgaben von Vier für Rechnung von Gemeinden nicht mehr erhoben werden dürfen. Das Reich hat 10 Prozent seiner Einnahmen aus der Viersteuer an die Gemeinden abzuführen.

161,5 Milliarden Fehlbetrag im Reichsatz.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Übersicht über den Reichshaushalt im Rechnungsjahr 1921 überbracht. Der Gesamthaushalt ergibt einen ungedeckten Betrag von 161 541 Millionen Mark. Davon entfallen 25,5 Milliarden auf den Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts, 14,4 Milliarden auf die Fehlverträge in den ordentlichen Staats der Reichspost und der Reichseisenbahn, 26,2 Milliarden auf die ungedeckten Anteileausgaben dieser beiden Verwaltungsverwaltungen und 25,5 Milliarden auf ungedeckte Anteileausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung.

Wirtschaftsabkommen mit Jugoslawien.

Das von den deutschen und jugoslawischen Unterhändlern Anfang dieses Jahres vereinbarte Wirtschaftsabkommen, das deutscherseits bereits unterzeichnet war, ist nunmehr auch von der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen genehmigt und durch ihre Vertreter gezeichnet worden. Es wird demnächst in Kraft treten.

Zusammenkunft der deutschen Wirtschaftsminister.

Am 12. Dezember findet auf Einladung des Reichswirtschaftsministers in Darmstadt eine Zusammenkunft der Wirtschaftsminister der Länder zwecks Erörterung der gegenwärtigen Wirtschaftslage statt.

Die Forderungen der höheren Beamten.

Bei Befreiungen mit dem Ausschuß des Reichswirtschaftsrates stellte der Reichsbund höherer Beamten die Forderung auf, daß die Gesamtbezüge aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie der Kaufkraft des Vorfriedeinkommens entsprechen. Die Spannungen zwischen den Gehältern für obere und untere Beamte sollen erhalten bleiben. Der Tenerungszuschlag ist vierteljährlich entsprechend der Teuerung des vorhergehenden Vierteljahrs auf einen für alle Besoldungsgruppen gleich hohen Hundertsatz festzustellen.

Der Sonderbündler Smets Frankreichs Schüßling.

Im Rheinland wurde bekanntlich der Agitator Smets, der für die Loslösung der Rheinländer von Deutschland eintritt, von deutschen Behörden unter ausreichenden Gründen verhaftet. Darob große Entrüstung in Frankreich. Eine Anzahl Abgeordneter, selbstverständlich

lich Poincaré an der Spitze, richteten Entrüstungstundgebungen an Frankreich. Dieser teilte mit, er habe sich sofort an den französischen Oberkommissar Tirard im befreiten Gebiet gewandt, um Smets Freilassung zu bewirken. Tirard verbot darauf die Begüßung Smets aus dem befreiten Gebiet und forderte Aufführung. Vielleicht muss noch der Völkerbundsrat eingreifen!

#### China.

China's Unabhängigkeit. Der Neun-Mächte-Ausschuss für die Fragen des Fernen Ostens bei der Abstimmungskonferenz in Washington hat einstimmig eine Entscheidung angenommen, die China den Besitz seines Gebietes zusichert und ihm die Benutzung der Funksationen gestattet. Der Ausschuss hat ferner eine Entscheidung angenommen, wonach China im Falle eines Krieges, an dem es nicht selbst teilnimmt, neutralisiert sein soll.

#### Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

##### Verhandlungsbericht.

(Zweiter Tag.)

Leipzig, 8. Dezember.

Auf die Vernehmung der Angeklagten, die den ersten Verhandlungstag ausfüllte, folgte am zweiten die Zeugenvernehmung. Die Angeklagten v. Wangenheim und Schiele machten zwar ebenfalls umfangreiche, wohlvorbereitete Aussagen, ihre Reden brachten aber keine allzu wesentlichen fachlichen Ergänzungen zu den Mitteilungen Jagows.

Wangenheim stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß ihn Kapp's politische Ziele überhaupt nichts angehen, die ganze Politik sei ihm überhaupt ekelhaft. Er habe sich nur dem Wunsche Kapp's gefügt, daß er das Landwirtschaftsministerium übernehmen sollte, denn auf diesem Gebiete sei er Fachmann und hatte eingehende Pläne zu einer Sanierung der deutschen Ernährungswirtschaft. Diese Pläne hat er auch später weiter bearbeitet, und er teilte mit, daß auf Grund dieser Arbeiten in den nächsten Tagen wichtige Vereinbarungen zwischen Landwirtschaft und Gewerkschaften in Berlin über direkte Lieferungen getroffen werden sollen. Im Frühjahr 1920 habe die Regierung nur für wenige Tage Getreidevorräte gehabt und der Zusammenbruch habe bevorgestanden. Er hätte für seine Tätigkeit eher Dank als eine Anklage erwartet. Den Gedanken eines Streiks der Landwirte lehnte er mit den Worten ab: „Wer das Glück hat, in Deutschland ein Stück Boden sein Eigen zu nennen, der hat vor seinem Herrgott und dem deutschen Volk die verhammte Pflicht, aus dem Boden herauszubauen, was irgend möglich ist, und es zur Verfügung zu stellen.“

Dr. Schiele betonte, der Kapp-Putsch sei kein Hochverrat gewesen; denn er habe die Verfassung schützen und nicht stürzen wollen, da die Nationalversammlung dem Volke das Wahlrecht vorerhalten habe. Die Überzeugung, daß unsere Ernährungswirtschaft der Katastrophe entgegenseite, habe ihn aus seiner schönen örtlichen Brüder herausgetrieben und veranlaßt, sich mit Entschlüssen zu neuen besseren Gesetzen, besonders in bezug auf die Siedlungswirtschaft und andere soziale Fragen zu beschäftigen. Mit Kapp, der für einen ausgezeichneten Beamten und hervorragenden politischen Kopf halte, habe er sich dabei in vollem Einverständnis befinden, die Ereignisse des 13. März seien ihm jedoch völlig überraschend gekommen. Als er sich auf Kapp's Wunsch diesem zur Verfügung stellte, habe er nichts anderes getan, als was viele hohe Beamte am 9. November 1918 ebenfalls getan hätten. Er habe geglaubt, daß Kapp den damals herrschenden ungeeigneten Zuständen ein Ende machen könnte. Er dachte jetzt noch den Untergang von Hunderttausenden von Menschen, die durch die Geldwertverluste, durch eine Hungersnot, durch die Verhetzung und schließlich durch Gewalttaten verzweifelter Menschen umkommen müssten. Vielleicht würden künftige Geschichtsschreiber der Ansicht sein, daß Kapp die Verfassung damals gerettet hat. Diese politische Rede wurde vom Vorsitzenden unterbrochen, und Schiele befandt weiter, er habe nur ganz ungewöhnliche Geschäfte geführt und könne nicht zu den Führern gezählt werden. Als die Sicherheitspolizei eine Diktatur Lüttwitz an Stelle Kapp's verlangte, habe er gesehen, daß das Unternehmen gescheitert war.

##### Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wird Hauptmann Fritz Grabowski vernommen. Er erklärt, daß er Kapp im Jahre 1920 kommen

lern und mit ihm über wirtschaftliche Dinge oft gesprochen habe, da er daran besonders interessiert war. Die „Nationale Vereinigung“ sei zur Gefundung des öffentlichen Lebens begründet worden. Man wolle gegen den Völkermord Abschlagsnahmen treffen. Von einem Reichspräsidenten wurde nicht gesprochen. Viele vor Geschäftsführer, Bauer und Jagow waren nicht dabei. Man wollte in einer halböffentlichen Sitzung die Führer der Wirtschaft laden, um dann einen Nutzen herauszugeben, der Namen von Männern der Politik, Wirtschaft und des Militärs trug. — Wort: Hatten Sie in die Reichskanzlei bestellt? — Zeuge: Nein, ich sollte am 10. März verhaftet werden, doch sah man mir nur eine Woche vor die Tür. Am 14. März kam ein Soldat und sagte mir: Auf dem Voßdamer Platz konzentrierten Truppen und Kapp ist in der Reichskanzlei. Da ging ich zu Kapp. Ubrigens erklärte ich zu Kappe, daß ich glaubte, ihr Vater werde keine 48 Stunden in der Reichskanzlei sein. Am Sonntag rief mich Kapitän Ehrhardt an und fragte nach meiner Meinung über die Lage. Ich sagte ihm, daß offenbar

keiner der Herren wisse, was er wolle

und niemand arbeite. Ehrhardt stimmte mir zu. Oberst Bauer befragte sich darüber, daß alle Leute in der Reichskanzlei nur Stellenjäger seien. — Oberrechtsanwalt Ebermeyer: Hatten Sie gemeinsame Interessen mit Dr. Schnyler? — Zeuge: Nach der Aussöhnung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps bat ich Schnyler, der ungewöhnlich klug ist, in der „Nationalen Vereinigung“ an der Propaganda mitzuwirken. Die anderen Herren der „Nationalen Vereinigung“, meist jüngere Offiziere, hatten sehr unklare politische Ansichten. Nun wendet sich die Vernehmung des Zeugen den

Borgungen bei den Truppenauflösungen zu, die in der Vorgeschichte des Putzches eine wichtige Rolle spielen. — Oberrechtsanwalt: Hat sich die Garde-Kavallerie-Schützen-Division friedlich auflösen lassen? — Zeuge: Die Unteroffiziere waren über die Unzufriedenheit der Regierung sehr empört und gingen zu Rosse. Rosse war sehr entzückt und bedrohte die Leute mit dem Revolver. Dann aber trennte man sich mit einem Händedruck, da Rosse erklärte, für die Auflösung sei General Lüttwitz verantwortlich. Ehrhardt hielt die Truppenauflösung für einen schweren Fehler und sprach mit Lüttwitz. Lüttwitz ging zu Ebert, der Lüttwitz absetzte. So musste Ehrhardt glauben, daß die Regierung nichts für die Truppen übrig hatte und marschierte nach Berlin, um auf die Regierung zu drücken. Rosse war ja an Militärdemonstrationen gewöhnt, er hatte selbst mit dem Garde-Kavallerie-Schützenkorps einen solchen Demonstrationzug mitgemacht. Als aber nun die Regierung vor Ehrhardt stand, entstand ein leerer Raum. Und nun mußten Lüttwitz und Ehrhardt etwas tun. Ehrhardt ist am Brandenburger Tor holen gelassen. Hätte die Regierung einen Unterhändler gesucht, dann wäre alles gut gewesen. Rosse erklärte in Berlin, er sei gegen die Auslösung gewesen und wolle zurücktreten. Als dann aber die Marinebrigade ausgelöst werden sollte, zeigte es sich, daß die Regierung nicht für die Truppen sorgen wollte, und so entstand die Erregung. — Dann wurde ein Entwurf Schnylers verlesen, der im Falle eines Militärvorfalls

den Entente-Kommissionen überreicht

werden sollte. Er betont, daß seinerseits militärische Ziele, sondern nur die Aufrechterhaltung der Ordnung, Freiheit im Innern und die lokale Durchführung des Versailler Friedensvertrages noch anstrebt werden. Lüttwitz wolle dabei Zurückhaltung bewahren.

Dann wird der Zeuge Dr. Frohne (Magdeburg) verhört. Dieser schreibt am 25. Februar an Oberst Bauer, daß man nicht einen Regierungstrutz planen solle, sondern eine militärische Demonstration für Neuwahlkampf veranstalten und die Auslieferung des Kriegsverbrecher verweigern solle. Es fehlt aber ein militärischer Führer, da Lüttwitz abgesetzt habe und Kapp nicht der richtige Mann sei. Man sollte an die rechtsstehenden Zentrumsliberalen wegen der Demonstration wenden.

Schnylers beschlagnahmtes Tagebuch

wird dann verlesen. Darin ist von Befreiungen mit Budendorff, Bauer und Rosse im Juni 1920 die Rede. General Ober ist jetzt auch stramm, heißt es in dem Tagebuch, und an anderer Stelle: „Bei Schieles Sothe über die Diktatur der Ritter ausgearbeitet.“ Weiter befinden sich im Tagebuch Aufzeichnungen über die ersten Maßnahmen im Falle eines Putzches. Ferner wurden einige der Schnyler vorgefundene Geheimwurfe vorgelesen, darunter der Entwurf einer Reichsverfassung und einer Notverfassungsordnung.

Während der Befreiungen überliefert das junge Mädchen, eine Angst, welche ihrer tapferen Natur sonst ganz fremd war. Aber trotzdem rief sie niemand von der Dienerschaft, obgleich die Leute noch wach waren. Eine beklemmende Empfindung hielt sie davon ab. Und bald innerlich widerstrebend, halb doch angezogen durch die seltsame Entdeckung, zog sie das halbgeschlossene Schuhfach ganz heraus! Hilda hatte es nicht aufgezogen; heute gewiß nicht.

Ein Gefühl des Grauens überliefert das junge Mädchen, eine Angst, welche ihrer tapferen Natur sonst ganz fremd war. Aber trotzdem rief sie niemand von der Dienerschaft, obgleich die Leute noch wach waren. Eine beklemmende Empfindung hielt sie davon ab. Und bald innerlich widerstrebend, halb doch angezogen durch die seltsame Entdeckung, zog sie das halbgeschlossene Schuhfach ganz heraus! Sie stieß einen leisen Schrei der Überraschung aus. In der sonst leeren Wade lag ein schmales, längliches Paket. Daraus stand mit großen, steifen Buchstaben ihr Name: „Hilda“.

Zögernd wog sie das kleine Paket in der Hand. Es gehörte unzweifelhaft ihr. Und es war sicher von der Person hierhergelegt worden, welche auch das Bild an sich genommen hatte. Aber von wem? Und wann?

Mit hastigen Fingern riß sie die Umschüllung los. Ein paar Geldscheine flatterten zu Boden, einige kleine Gegenstände rollten nach. In ihrer Hand blieb ein schmaler Zettel. Aus Zeitungen ausge schnitten, gedruckte Worte waren mühsam ineinandergelegt und bildeten so einen leicht lesbaren Satz:

„Wenn du in Not bist, soll das Geld dir helfen. Nimm es ruhig, es ist ehrlich verdient! Aber schweige hierüber gegen jedermann! Schweige!“

Hilda Wentheim sah mit fletschtem widerstreitenden Empfindungen auf das kleine Stück Papier. Wer konnte ihr dies schreiben? Ihr, die auf der ganzen weiten Erde niemand besaß, der wirkliche Liebe für sie hegte, der für sie sorgte? Nur Georg hatte stets zu ihr gehalten. Aber daß Georg sein Geld verschafft, das wußte sie doch genau.

Hilda Wentheim blickte sich nach den Scheinen. Und als sie alle in der Hand hielt, zählte sie:

„Fünftausend Gulden!“

Noch nie hatte sie eine solche Summe in Händen gehalten. Und oft schon hatte sie es bitter empfunden, daß man ihr nicht einen Heller als eigenes Eigentum gab. Was sie brauchte, das wurde bezahlt; ein Mehr gab es nicht.

Das Bild war nicht da.

Und überhaupt kam es ihr jetzt deutlich zum Bewußtsein: da war ja alles durcheinandergeschoben, da hatte jemand die Papiere, die Bücher weggelegt.

Hilda dachte angestrengt nach. Hatte sie denn nicht den Türkenschlüssel selbst abgezoen, als sie zu den Galien

Aus den verlesenen Schriftstücken ist ferner herauzgehoben eine Proklamation Kapp's und ein Regierungsprogramm, worin von der Aushebung der parlamentarischen Kontrolle in militärischen Fragen und von der Verhaftung der Regierungsmitglieder die Rede ist, ferner von der Vorzensur der bürgerlichen und von Berbot der sozialdemokratischen Presse, und der Vorbereitung der Aktion in der bürgerlichen Presse, schließlich von der Belämmung der sogenannten Erzugschäfts der Revolution. — Jagow, Wangenheim und Schiele bezeichnen dieses Programm als eine ihnen gänzlich unbekannte Privatarbeit Schnylers. Auch von den Schreiben Kapp's an die Bundesregierung und anderen Schriftstücken erklären sie, keine Kenntnis gehabt zu haben. Weiterhin beschäftigt man sich mit den Verfugungen zum Schutz der Mitglieder der Technischen Not hilfe, der Aufhebung der Examina in der Universität, um den Studenten Gelegenheit zu geben, in die Einwohnerwehr einzutreten, dem Erlaub für die Sipo und einem mit „v. Jagow“ unterzeichneten Erlaub, nach dem alle Mitglieder der Sipo, die im Dienst der Kapp-Regierung verwundet wurden, 1000 bis 2000 Mark Prämie und desondere Zuwendungen erhalten sollten. Dazu erklärt v. Jagow, er bestreite nicht, daß es möglicherweise die Erlaub unter dem Wiss anderen Schriftstücken unterzeichnet habe. Besonders Interesse erregte die Verleugnung einzelner Stellen aus Schnyler's Tagebuch, in dem sich u. a. ein Vermehr befindet, daß Herr v. Wangenheim sich im Grunewald aufhielt und in 10 Tagen große Kämpfe bevorstanden.

Bei der weiteren Verleugnung von Schriftstücken fällt eine Briefstelle auf, in der es heißt: Lüttwitz und Hindenburg dürfen nicht bekannt werden, selbst auf die Gesicht einer kleinen Geschichtsschreibung hin. Der Entente dürfte erst nach Beseitung des Aufruhrs durch die Franzosen erfolgen. Der Regierung werde die Bildung der freiwilligen Reichswehr nicht gelingen. Der Wasserdienst werde wieder Meldienst. Der Mann sei wieder untergebrannt. — Dr. Schiele meint dazu, dieser Brief sei wohl kaum ein Beispiel für Hochverrat. — An anderer Stelle im Tagebuch wird gefragt: Eine Koalition mit sozialdemokratischen Führern würde dann unmöglich. Ein Diktator der Mitte bereitet dem Reichswehrmäzen den Boden vor.

Sind Schnylers Aufzeichnungen echt?

Bei der weiteren Verleugnung aus Schnyler's Tagebuch erkläre Rechtsanwalt Böttiger: Ich bestreite die Echtheit der Aufzeichnungen. — Aus diesen Notizen selbst sei noch folgendes vermerkt: Generalsofortige Enthaltung des Lebensmittelkartei, Verbüßung von Agitatoren, Polizeistunde für Jugendliche und Frauen, Personen, die in Versammlungen revolutionäre Tendenzen (Arbeiterkampf) predigen, sind zu verhaften, Änderung des von Heßlich verabschiedeten Hilfsdienstgesetzes, Wasserverbot. Am Tage vorher heranziehung treuer Truppen, Festnahme Eberts, Sperrung des Telephonverkehrs, Mobilisierung der Einwohnerwehr. In einer anderen Notiz heißt es: Nicht Monarchie, sondern konstitutionelle Republik, Befreiung der Arbeiterräte, keine sozialdemokratischen Minister, Ausnahme Rosse Friede nach außen, Arbeitsbestimmungen durch Ratsarbeitgeber. — Es wird hierauf ein Brief Kapp's an den Grafen Westarp verlesen, in dem Kapp ausführlich seine Haltung begründet, weshalb er sich dem Reichsgericht nicht zur Verhandlung stellen will. — Rechtsanwalt Ebermeyer stellt der Vertheidigung anheim, den Grafen Westarp zu laden und zu hören, ob Kapp diesen Brief an den Grafen wirklich in der vorliegenden Fassung geschrieben hat. — Rechtsanwalt Böttiger beantragt, den Grafen Brodorff-Ranckau zu laden zum Beweis dafür, daß Kapp und Lüttwitz niemals Beziehungen zu Ententekreisen unterhalten haben. Durch die sehr unscharfen und zum Teil unrichtigen Notizen Schnyler's könnte in der Öffentlichkeit etwa doch der Verdacht entstehen, daß die Kappsherrschaft und auch die Teilnehmer und somit die Angeklagten Verbindungen mit der Entente unterhalten haben. — Ebermeyer: Ich habe nicht behauptet, daß Herr v. Wangenheim Beziehungen zur Entente unterhalten hat. Graf Brodorff-Ranckau hat sich in der Angelegenheit doch geäußert und dem Gericht einen sehr vertraulichen Brief geschrieben, der nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit verlesen werden kann.

Hierauf wird ein Brief von Kapp an einen unbekannten Adressaten vom 22. September 1920 verlesen, in dem es u. a. heißt: Ein tiefer Schmerz erfaßt mich ob der Feindseligkeit des Bürgertums und auch rechtsstehender Kreise, die mich jetzt verleugnen. Obwohl es mir ganz gleichgültig ist, soweit es meine Person angeht, so schwerzt es mich doch, wenn ich daran

Unwillkürlich dachte sie, daß ihr dieses Geld eine Art von Freiheit gäbe, einen Schimmer von Unabhängigkeit. Und unerfahren, wie sie es vollständig war, überschätzte sie auch die Summe sehr und meinte, mit ihr ein Leben lang auskommen zu können.

Aber gleich darauf fuhr ihr ein anderer Gedanke durch den Kopf. Geld! Da hatte sie es ja in den Händen, hielt es, bezog es für sich ganz allein. Und Georgs Vater brauchte es doch so sehr. Er würde sich vielleicht damit helfen können, er würde weiter arbeiten.

Und später, wenn dann Georg einmal die Fabrik übernahm, dann könnte er es ihr wiedergeben. Natürlich mußte sie hinaufen, gleich im Frühlicht, sie noch viele Beute um die Wege waren! Sie wollte gut aufpassen, ob sie ihn nicht vielleicht durch den Gartenzau hindurch ersehen könnte, und ihm dann das Paket zuwerfen. O, wie er sich freuen würde! Wie er glücklich sein würde! Er hing ja so unendlich an seinem Vater!

Hildas Augen leuchteten, ihre schmalen Wangen glühten. In diesem Augenblick war ihr jenes Kindergefühl von einer Schönheit, welche fast überirdisch anmutete. Eine reine, große Freude warf ihren Widerschein darüber. Gottlob! Sie konnte ihm helfen!

Hilda Wentheim dachte daran, daß sie etwas hätte fallen hören. Nach stellte sie das Geld in ihre Tasche. Dann nahm sie den Bechker mit der brennenden Kerze und begann eifrig zu suchen.

Richtig! Dort hinter dem Schreibtisch lag ein kleiner, glänzender Gegenstand.

Ihre Hand griff schnell danach.

Es war ein altherkömmlich gesetzter Schlüssel, ein kleines Holzblättchen hing daran. Darauf standen ein paar sehr unleserliche Buchstaben und halbe Worte:

„S. S. Sch. 2. 2.“

Und darunter ganz klein, fast unsichtbar, ein „G“. Hilda Wentheim grübelte und grübelte. Sie abzte und nicht im entferntesten, was für eine Bewandtnis es mit diesem Schlüssel haben könne. Schließlich stieß sie ihn zu sich, fest entschlossen, niemand etwas davon zu verraten. Sie hatte das bestimmte Gefühl, daß die ganze Sendung von jemand fäme, der es gut mit ihr meinte. Wenn sie auch seine Beweggründe nicht begriff, sie wollte doch seine Meinung befolgen.

Schweig!“

Das Wort klang ihr noch förmlich nach im Ohr, als sie nun hier stand mitten in ihrem nächtlichen, fahlen Zimmer, in dem sie schon so manche dunkle Stunde durchlebt hatte. Und doch erregte sie das Unbegreifliche, Geheimnisvolle des ganzen Vorgangs aus äußerste.

Da lärmte etwas leise unter dem Saum ihres Kleides. Und jetzt erinnerte sie sich auch: es waren ja zwei Gegenstände hinabgefallen.

Sie blickte sich und hob den kleinen glänzenden Reif auf, an welchen da eben ihr Kleid gestreift hatte. Ein schwerer, platter Goldreif — war es nicht ein Ehering?

vente, das Oberschlesien und der Geschäftsführer der Deutschen Nationalen Volkspartei im März hörte Spiel getrieben haben. Wenn ich daran denke, daß die gesamte Generalität den von der Ober-Regierung ihr aufgesetzten Geduld für bindender hält, als den Seiner Majestät geleisteten Eid, wenn man zusammenfaßt, so darf man wohl sagen, die Zeit war nicht reif.

## Der Lokaltermin in Kleppelsdorf.

Zeugenverhör am Tatort.

S Hirschberg, 8. Dezember.

Das sogenannte „Schloß“ Kleppelsdorf, in dem gestern die weitere Verhandlung im Nordprozeß Gruppen stattfand, ist ein einfacher anderthalbjähriger Bau, der seinen Holzen Räumen nicht verdient. Als die Richter, die Geschworenen, der Angeklagte, die Zeugen, die Sachverständigen und die Pressevertreter hier eintrafen, um an dem anberaumten Lokaltermin teilzunehmen, wurden sie von einer Schar Dorfbewohner erwartet. Dem Angeklagten wurde das Wort „Wörter“ nachgerufen, und diese Rundgebung der Kleppelsdorfer wiederholte sich später auch bei der Abfahrt der Prozeßbeteiligten.

Der Lokaltermin begann mit der eingehenden Besichtigung des Schauspiels der Tat. Das „Nordzimmer“, das bisher verschlossen und verriegelt war, hatte man in genau demselben Zustande belassen, in dem es sich am Tage der noch unausgelaufenen Erschießung der Dorothea Körbner und der Ursula Schade befunden hatte. Ganz wurde im oberen Stockwerk des Hauses die Familienzene, die sich hier in der Stunde der Tat abgespielt hat, möglichst getreu rekonstruiert. Die Personen, die sich damals in den Zimmern befunden hatten, muhten sich genau so aufzustellen, niedersetzen, bewegen wie am 14. Februar, und es wurden zum Teil auch die Gespräche wiederholt, die damals geführt worden waren. Es sollte vor allem festgestellt werden, ob Gruppen Zeit gehabt haben könne, seinen Platz im ersten Stock zu verlassen und in das Nordzimmer hinunterzugehen, ohne daß seine Abwesenheit besonders auffallen würde. Da man den Weg vom ersten Stock zum Nordzimmer und zurück in knapp einer Minute zurücklegen kann, wäre es immerhin möglich gewesen, daß niemand eine kurze Abwesenheit bemerkte hätte. Es wurden dann schließlich Schießversuche gemacht, da festgestellt werden sollte, aus welcher Richtung die tödlichen Kugeln gekommen sein möchten, und ob die kleine Ursula Schade imstande gewesen sei, mit Grupens Browning nach Belieben zu handeln. Einer der darauf vernommenen Zeugen, der Postverwalter Grimmig, erklärte, daß selbst er als Jäger mit der Waffe nicht sofort Bekleidung wußte, da es sich um eine besondere Konstruktion handele. Gruppen griff in alle diese Verhandlungen lebhaft ein und trat mit großer Sicherheit auf.

Unter den Zeugen, die am Tatort gehört wurden, befanden sich die beiden Dienstmädchen, die die Leichen zuerst gesehen hatten, und der Arzt Sanitätsrat Dr. Scholz, der etwa acht Minuten nach der Tat im Schloß eingetroffen war. Vereinigmäßig sagten mehrere Zeugen aus, daß Gruppen, nachdem man bei Ursula Schade die Waffe gefunden hatte, ausgerufen habe: „Die Waffe gehört mir. Ich bin an allem schuld.“ Die Jungen haben erklärte, daß der Angeklagte nach der Tat sehr aufgeregt gewesen sei und geweint habe. Es sei ihr nur aufgefallen, daß er sich offenbar schaute, die Leiche der Dorothea anzufassen und aufs Bett zu legen. Bezeichnend wirkte auf mehrere Zeugen auch das Verhalten der Frau Eder. Sie sei beim Anblick ihrer beiden erschossenen Entzündungen sehr ruhig gewesen und habe sich nur um ihren Schwiegerson Gruppen gekümmert; sie habe ihm am Arm gefestigt und ihn, als er sich erregt gebärdete, mit sanften Worten zu beruhigen gesucht.

Mit diesen Aussagen war der Lokaltermin beendet, und die Prozeßbeteiligten fuhren nach Hirschberg zurück.

## Neueste Meldungen.

Deutschland soll seine Marktbeträge in Minuten verzinsen.

Kowno. Die litauische Regierung hat den Entwurf einer eigenen litauischen Währung ausgearbeitet. Die neue litauische Geldeinheit soll Latsi heißen und einen amerikanischen Cent gleich 1 Hundertstel Dollar gleich sein. Ferner hat die litauische Regierung die Möglichkeit erwogen, von Deutschland eine Verzinsung der in Litauen fürstenden deutschen Notenbanken zu verlangen, die aus dem Verkehr gezogen und an Deutschland zurückgegeben werden sollen.

Polnisch-französischer Waffenvertrag.

Warschau. Einige polnische Blätter ergeben sich in geheimnisvollen Andeutungen über einen tatsächlich in Paris abgeschlossenen Spezialvertrag zwischen Frankreich und Polen, der die Sicherung des Wirtschaftslebens in dem Polen zugelassenen Teil Oberschlesiens bezwecken soll. Die Einzelheiten des noch streng geheimen Vertrages, insbesondere dessen finanzieller Teil, unterliegen zurzeit noch strengerer Geheimhaltung.

## Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Das phantastische Anschwellen der Preise für Druckpapier.

Die Zellstofffabrikanten haben am Dienstag den Verchluß gesetzt, für den Monat Januar den jetzigen Preis für Druckpapierzelloose von 340 M. um 320 M., also auf 660 M. für je 100 Kg. zu erhöhen. Das bedeutet beinahe eine Verdopplung der jetzt im vorigen Monat herausgelegten Preise. Die Druckpapierfabriken haben sich durch diese Erhöhung veranlaßt, auch ihresfalls die Preise für Druckpapier um weitere 80 M. für je 100 Kg. herauszusetzen. Dazu kommen noch erhöhte Forderungen der Zellstofffabrikanten, die Kohlenpreiserhöhung usw. Die Folge davon ist, daß der schon jetzt auf das Zwanzigfache gegenüber dem Friedenspreis gestiegene Papierpreis im Januar zum mindesten auf das Dreißigfache steigen würde. Die Nachwirkungen, die diese phantastischen Preissteigerungen für das Buchdruck- und Zeitungsgewerbe haben werden, liegen ohne weiteres auf der Hand.

## Aus Stadt und Land.

Meldungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 9. Dezember.

„Im Namen des Volkes!“ Nach einer Verordnung des Justizministeriums ist über den Kopf von gerichtlichen Urteilen jeder Art läufig die Ueberschrift zu sehen: „Im Namen des Volkes!“ Vorhandene Vorbrüche sind handschriftlich entsprechend zu ändern.

Landtagsbericht. Am Donnerstag wurde die Vorlage, die für die Abgeordneten eine Aufwandsentschädigung für das ganze Jahr in Höhe von 24 000 M. für die in Dresden wohnenden und von 30 000 M. für die außerhalb wohnenden vorsieht, angenommen. Es folgte eine Anfrage des deutsch-nationalen Abgeordneten Grellmann wegen des Abbaues der Seminare, der Klarheit schaffen wollte, ob die Eltern, die ihre Kinder Lehrer werden lassen wollen, noch mit der Möglichkeit rechnen können, zu Ostern 1922 ihre Kinder den Seminaren zuzuführen. Der Unterrichtsminister Flechner gab darauf die Antwort, daß der Abbau schon Ostern 1922 beginnen werde und daß dann die Lehrerausbildung zunächst auf einer staatlichen höheren Schule mit anschließendem Hochschulstudium erfolgen solle.

Ordensverleihung. Von der Ortsgruppe Reichen befreiter Oberschlesier wird uns geschrieben: Dem Krieger

Herrn Bernhard Pollack in Wilsdruff, welcher als Vertrauensmann der obigen Ortsgruppe die von ihm übernommenen Arbeiten für den Bezirk Wilsdruff trotz seiner hartmäßigen Krankheit bis zu seinem Tode mit einer bewundernswerten Gewissenhaftigkeit erledigt hatte, ist unter dem 15. September 1921 von der Selbstschuleitung Oberschlesiens der Schlesische Adlerorden 2. Stufe in Anerkennung aufsorgerungsvoller Tätigkeit verliehen worden. Leider hat der teure Mitarbeiter die von ihm wohlverdiente Auszeichnung infolge verspäteter Enttreffens nicht mehr selbst in Empfang nehmen können und ist den Hinterbliebenen ausgehändigt worden. Ein teurer Mitarbeiter ist uns in ihm verloren gegangen, welcher uns durch seine tatkräftige Unterstützung in der Erhaltung Oberschlesiens eine schwere Hilfe war. Als geborener Schlesier lag ihm das bittere Elend seiner öberschlesischen Landsleute besonders am Herzen und hatte daher mit größtem Interesse und nie ermüdender Sammlertätigkeit wesentlich zur Förderung der Not Oberschlesiens beigetragen. Sein Name wird in der Geschichte Oberschlesiens weiter fortleben.

Der silberne Sonntag ist der kommende Sonntag. Er ist für unsere Geschäftswelt ein sehr wichtiger Tag, so er gilt als der Tag, an dem sie nächst dem folgenden, goldenen Sonntag den größten Umsatz erzielt. Es ist ja auch schon nunmehr ein jeder in Stadt und Land darauf bedacht, sich all das zu beschaffen, was er für Weihnachtsgerichte nötig hat. Am nächsten Sonntag aber strömt es vom Lande in Scharen herbei, um den Weihnachtszauber zu bejagen und insbesondere unsere ländliche Bevölkerung ist es, die am silbernen Sonntag dem Kaufmann die Kassen füllt, denn sie ist nicht nur sehr laufstätig, sondern auch sehr kaufslustig. Für unsere ländliche Bevölkerung aber ist es in erster Linie das „Wilsdruffer Tageblatt“, nach dessen Anzeigen sie sich schon zu Hause entschließen, was sie kaufen und bei wem sie kaufen will. Es ist daher auch ein unabdingliches Erfordernis für jeden Geschäftsmann, der am silbernen Sonntag seine Kassen füllen will, von nun an in dem „Wilsdruffer Tageblatt“ seine Weihnachtsartikel anzuländern, und zwar mittels möglichst großer, sofort ins Auge fallender Anzeigen, denn die Größe einer Anzeige läßt bekanntlich den Käufer aufschließen aus die Größe und Bedeutung eines Geschäfts. Haben Sie Ihre Weihnachtsanzeigen noch nicht unserer Geschäftsleitung übergeben, so handeln Sie nur allein in Ihrem Interesse, wenn Sie dieselben Ihr nunmehr schnellstens zugeben lassen, damit unsere Bevölkerung in Stadt und Land rechtzeitig auch all das erfährt, was Sie an Weihnachtsartikeln auf Lager haben. Interate in den nächsten Nummern des „Wilsdruffer Tageblattes“ machen sich vielfältig bezahlt, denn der Anzeigenteil unseres Blattes ist eben der Ratgeber für den Weihnachts-einkauf für die städtische und ländliche Bevölkerung.

Strompreis-Erhöhung. Wie wir hören, hat der Stadtrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Lichtstrompreis ab 1. Dezember auf 4 M. den Kraftstrompreis auf 3 M. zu erhöhen.

Die Ortsgruppe Wilsdruff des Arbeiter-Kahaberbundes veranstaltet kommenden Sonntag im „Lindenlöschchen“ ein Saalportfest, bei dem Damen-, Kunst-, Schul- und humoristische Reigeln geboten werden. Freunden und Gönern des Kahaborts werden einige genügsame Stunden versprochen. (Vgl. Inf.)

Weihnachtsbeschaffung. Die Ortsgruppe Meissen befreiter Oberschlesier beabsichtigt, den ihr in der Amtshauptmannschaft Meissen zur Betreuung überwiesenen öberschlesischen Flüchtlingen eine Weihnachtsfreude zu machen und tritt daher an die Öffentlichkeit mit der Bitte um freiwillige Gaben jeder Art. Erwünscht sind außer Belletristikstücken auch Liebesgaben, z. B. Zigarren, Zigaretten, Schokolade usw. Freiwillig für obigen Zweck zugegebene Spenden bitte man an die Ortsgruppe Meissen befreiter Oberschlesier, z. Hd. des Herrn Bruno Neuse, Meissen, Hindenburgstraße 24, bis zum 15. 12. zu senden, von wo aus gerechte Verteilung erfolgt. Geldspenden auf Girokonto 2444 „Oberschlesierhilfe“ Meissen bei der Stadtgirofalle Meissen unter „Weihnachtsbeschaffung“ sind ebenfalls herzlich willkommen. Die Ortsgruppe Meissen erklärt sich auch bereit, auf Wunsch Namen von Flüchtlingen zu direkter Beschaffung zu nennen.

Bereitstellung der Besoldungsvorlage noch vor Weihnachten. Der Besoldungsausschuß des sächsischen Landtages behandelt am Donnerstag wiederum die Regierungsvorlage über die Änderung der Besoldungsordnung. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß bei allen Parteien Vereinigkeit besteht, die Vorlage mit geringen, nur auf die Höchst Gehälter sich beziehenden Änderungen anzunehmen, und zwar so zeitig, daß die erhöhten Gehälter, auf die bereits Vorschüsse gezahlt worden sind, auch am 1. Januar unverkürzt zur Auszahlung kommen können. Bei den in Aussicht genommenen Änderungen handelt es sich um Erwägungen, die mit 180 000 M. Grundgehalt eingesetzten Ministergehälter evtl. abzusezzen.

Abgelehnte Strafversetzung gegen kommunistische Abgeordnete. Dem Rechtsausschuß lagen eine Reihe von Anträgen auf Genehmigung zur Strafversetzung der kommunistischen Abgeordneten Renner, Ebert, Elsroti und Langrock vor. In allen Fällen handelte es sich um Pressevergehen. In zwei Fällen beschloß der Ausschuß einstimmig die Genehmigung zur Strafversetzung zu geben, in den Fällen aber, in denen es sich um persönliche Bekleidung, um Aufreizung zum Klassenkampf usw. handelte, wurde die Genehmigung mit 10 sozialistischen und kommunistischen Stimmen gegen 9 bürgerliche Stimmen vertragt.

Keine Zuderknappheit. Der November hat auch einigermaßen Klarheit über die wahrscheinliche diesjährige Erzeugung an Zuder geschaffen. Die Rübenrente konnte zum weitauft größten Teil unter Dach gebracht werden, und ein großer Teil der Rohzuckerfabriken hat inzwischen bereits die ihm zur Verfügung stehenden Zuderrüben aufgearbeitet. Die bisherigen Ergebnisse aus den Fabriken lassen auf die Nichtigkeit der Annahme einer Gesamterzeugung von 26 Millionen Zentner Rohware schließen. Diese Menge aber reicht vollkommen aus, den Verbrauchern ungefähr die entsprechende Menge Zuder zur Verfügung zu stellen, die in den Vorriegsjahren im freien Verkehr im Deutschen Reich verbraucht worden war. Demnach ist es also untrüglich, von einer Zuderknappheit zu sprechen. Sie ist nur künstlich herausbeschworen und auch eine Folge der schlechten Beförderung. Gewöhnen sich die Verbraucher endlich daran, nur den laufenden Verbrauch zu bedenken, dann wird auch sehr bald die jetzt an den Zudemärkten herrschende Spannung verschwinden.

Die Margarine wird billiger. Die Margarineindustrie hat beschlossen, ihre Preise auf Grund des Vorschlags der Preis-kommission des Verbandes um 5 M. für das Pfund zu erhöhen.

Verschleuderung von Reichsware. Reichstagsabgeordneter Kindermann-Plauen hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gestellt: Die „Handelswacht“ bringt unter der Spitzmarke „Am Blaiberg“ folgende Mitteilung: Die Reichsverwertungsstelle für Textilwaren verkaufte große Mengen billiger Kleidungsstücke zu Schleuderpreisen ins Ausland, um die Preise der Textilwaren im Inland nicht zu drücken. Die Exportliste 4 lautet auf: 45 614 Frauen-Mäntel je 76,45 M., 53 367 Frauen-Mäntel je 39 M., 19 189 Mädch.-Mäntel je 34,65 M., 1579 Mädch.-Mäntel je 41,90 M., 8885 Mädch.-Mäntel je 41,80 M.,

18 725 Kinder-Jacken je 26 M., 15 926 Herren-Mäntel aus Deden je 75,05 M., 5799 Herren-Mäntel aus Wollbedden je 96,70 M., 1947 Mäntel aus Wollbedden je 62,05 M., 94 Knaben-Mäntel aus Wollbedden je 64,90 M., 704 Mäntel aus Wollbedden je 83,65 M., 33 973 Jacken, ein- und zweireihig, je 53,45 M., 4044 Kinder-Pyjads je 33,50 M., 262 Mäntel aus Wollbedden, zweireihig, je 37,55 M., 6140 Winter-Schuhmäntel je 223,55 M. — Ist der Regierung bekannt, ob es sich in diesem Falle um Reichsware handelt, welche für die Minderbemittelten bestimmt war? Warum ist angesichts der großen Warentknappheit diese Verschleuderung nach dem Ausland zugelassen worden und was gedient die Regierung zu tun, um ähnliche, die Bevölkerung schädigende Vorgänge zu verhindern?

Anhaltend günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Das Gesamtbild der Arbeitsmarktlage war in der Berichtswoche im allgemeinen gleich günstig wie bisher. Das einzige Ausnahmefest steht die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Das Gesamtbild der Arbeitsmarktlage war in der Berichtswoche im allgemeinen gleich günstig wie bisher. Das einzige Ausnahmefest steht die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt.

— Lokal-Erlösungs-Schau. (Vom Patentbüro Krueger, Dresden-A. Auskünfte an die Leser kostenlos.) Bruno Rosel, Deuben, Heilborngraben 4: Selbsttötiger Anzünder für Gasloch- und Heizapparate (Gm.). — Martin Schmid, Döhlitz: Belebungsfeuer (Gm.). — Universelle Zigarettenmaschinenfabrik J. C. Müller u. Co., Deuben: Vorrichtung zum Abtrennen der Mundstückblättchen für Strangzigaretten von dem auf einem Unterlagstreifen ruhenden Belagmaterial (Gm.). — Karl Schneider, Döhlitz: Laufstellsicherung (ausgel. Pat.).

— Grumbach. Nachdem der neue Seelsorger unserer Kirchengemeinde am Mittwoch nachmittag unter Glockengeläut in seinem Heim seinen Einzug gehalten hatte, stand am Abend die offizielle Begrüßung desselben durch die Behörden usw. vor dem Saale des Rathauses statt. Viele Laubgewinde hatten den Weg zur Pfarre festlich geschmückt und werden dem neuen Pfarrer bewiesen haben, welche Empfindungen ihm entgegenschlagen. Als Eröffnung des Festabends sang der heilige Männerchor unter bewährter Leitung von Kantor Götzki das Lied „Gott grüße dich“. Hierauf begrüßte der stellvertretende Vorsteher des Kirchenvorstands, Gutsbesitzer Ulmauf, die zahlreich erschienenen und insbesondere den neuen Pfarrer Ulmauf, dem er wünsche, daß ihm sein neues Amt das bringe, was er gesucht habe, und welches er wünsche, daß er der Gemeinde das sei, was sie von ihm erhoffe. Der Männerchor wechselte dann mit dem gemischten Chor im Vortrag gut ausgewählter Gelänge, die neben vorzülicher Leistung wohlbeliebte Sänger zeigten. Später ergriffen noch der Verwaltungsbeamte seit 10 Wochen unbefleckt Pfarramt, Pfarrer em. Donath, Tharandt, und der Gemeindevorstand Schulte, Grumbach, das Wort. Ersterer gab seiner Überzeugung Ausdruck, wie gern er dem Kirchspiel in Vertretung gedient habe und wünsche dem neuen Amtsbruder alles Gute. Letzterer begrüßte den Pfarrer mit seinen Angehörigen als neuen Einwohner seiner Gemeinde, denen Grumbach und vor allem ihr Heim recht bald eine liebe Stätte werden möchte. Er begrüßte den neuen Pfarrer aber auch als Glied seiner neuen Kirchengemeinde, deren Seelsorger er geworden sei. Möchten durch seine Amtstätigkeit die schönen Worte des Themas seiner Gottespredigt: „Eins ist not“ besonders in der heutigen Zeit der starken Gottesverehrung immer mehr in aller Herzen eingegraben werden. Hierauf dankte Pfarrer Lüthardt im Namen seiner Familie für all die schönen Worte und Zeichen der Begrüßung in bewegten Worten. Er gab bekannt, wie er und mit ihm seine Gattin das ihm übertrogene hohe Amt verwalten werde. Zum Schlus sprach Gutsbesitzer Ulmauf allen, die zu dem Gelingen der Veranstaltung zur Begrüßung des neuen Pfarrers beigetragen, insbesondere auch dem Vertreter im Pfarramt Pfarrer em. Donath den Dank der Kirchengemeinde aus.

— Döhlen. Ein schwerer Raubüberfall wurde heute vormittag auf den Kassenboten der Schladitzwerke verübt, der von der Bank 200 000 M. Lohngehalter geholt hatte. 6 Radfahrer fielen über ihn her, raubten das Geld und flohen in der Richtung Tharandt.

— Röhrwien. In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Wahlausschusses ist festgestellt worden, daß sich das Ergebnis der Stadtratswahl zugunsten der bürgerlichen Einheitsliste verschobt. Letztere sind 10 Sitze und der sozialdemokratischen Partei 8 Sitze zugesprochen worden.

— Pirna. Als Weihnachtsgabe für bedürftige Kleinrentner ist festgestellt, daß der Fabrikbesitzer Wilhelm Kaufmann höchst 50 000 M.

— Deutschluppa. Mittwoch früh brach in der Scheune des Viehhändlers Werner in Calbitz ein Feuer aus, durch das außer der Scheune auch das Seitengebäude und ein Teil des Wohnhauses vernichtet wurde. Der Vater des Besitzers hat aus der Scheune verschiedene Gegenstände retten wollen und ist dabei ums Leben gekommen, während der Besitzer die Pferde aus dem Seitengebäude holte. Dann, seinem Vater zu Hilfe eilend, kam er gerade dazu, als wahrscheinlich niedergezündete Ballen den Bedauernswerten verschütteten. Rechtzeitige Hilfe war nicht möglich. Der Sachschaden ist ziemlich bedeutend.

— Beutha. Völlig niedergebrannt ist aus unbekannter Ursache die Möbelfabrik von Otto Blechschmidt.

— Dresdner Schlachthiebmarkt am 8. Dezember. Auftrieb: 532 Kälber, 532 Schweine, Kälber: 1. Doppellender — 2. beste Mast- und Saugfälber 950 bis 1050, 1575 bis 1675, 3. mittlere Mast- und gute Saugfälber 800 bis 900, 1400 bis 1500, 4. geringe Kälber 600 bis 700, 1175 bis 1275. Schweine: 1. vollfleischige der jüngeren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1½ Jahr 1600 bis 1700, 2100 bis 2200, 2. Fett-schweine 1900 bis 2000, 2400 bis 2500, 3. fleischige 1400 bis 1500, 1900 bis 2000, 4. gering entwidete 1200 bis 1300, 1700 bis 1800, 5. Sauen und Eder 1400 bis 1600, 1850 bis 2100. Tendenz des Marktes: Kälber mittel, Schweine schlecht.

## 1. Klasse 180. Sächs. Landes-Lotterie.

Die Nummern, unter welchen sich Gewinne richten, sind mit 240 Wert versehen. Über die Gewinne der Rückzüge — Rückzüge verdeckt.

2. Rückzung vom 8. Dezember 1921.

75000 M. 111892 Reichs-A-G. Dresden

